

Antwort von Robert von Olberg, Vorsitzender der SPD Münster (19.6.2018)

In der Tat erleben wir seit geraumer Zeit eine Verschiebung der öffentlichen Debatten über Flucht, Asyl und Integration nach rechts. Immer mehr politische Akteur*innen reden offen Nationalismus und Abschottung das Wort. Anstatt über die notwendigen Rahmenbedingungen gelingender Integration zu uns flüchtender Menschen nachzudenken, wird von vielen lieber pausenlos über Abschiebungen und angebliche Grenzen der Aufnahmefähigkeit gesprochen. Dabei kommen solche Töne nicht mehr nur von Vertreter/innen der AfD, sondern derzeit besonders lautstark auch aus der CSU. Auch in anderen Parteien finden sich vergleichbare Töne. Heißen die Verfechter dieses nationalistischen, populistischen Tonfalls in Deutschland etwa Seehofer, Dobrindt oder Söder, heißen sie in der europäischen Nachbarschaft Orbán, Kurz oder Salvini.

Dabei werden in der öffentlichen Debatte von interessierter Seite Einzelfälle verallgemeinert, Fallzahlen übertrieben aufgebauscht und das kriminelle Verhalten Einzelner zum Massenphänomen erklärt. So entsteht ein öffentliches Debattenbild fernab der Realität, aber aufgeladen mit Ressentiments und Stimmungen - und das nicht ohne taktisches Kalkül mit Blick auf bevorstehende Wahlen.

Der Aufruf von Pax Christi zu einer Rückkehr zu einer humanitären und solidarischen europäischen Politik in Hinblick auf Flucht, Migration und Integration ist daher dringend nötig und vollkommen richtig. Nicht nationale Alleingänge weisen den Weg zu einem erfolgreichen Umgang mit den bestehenden Herausforderungen, sondern ein Mehr an europäischer Zusammenarbeit und Solidarität. Dabei muss sich das politische Handeln an den Maßstäben von Menschenrechten und Mitmenschlichkeit messen lassen. Im Mittelpunkt allen Bemühens muss die wirkungsvolle Hilfe für die Menschen stehen, die vor Hunger, Gewalt, Krieg und Verfolgung fliehen und der Hilfe bedürfen.

Konkrete Hilfe, tatsächliche Verbesserungen bei der Aufnahme und Integration Geflüchteter und die realen Bedarfe, Bedürfnisse und Notwendigkeiten vor Ort müssen das Handlungsfeld der politisch Verantwortlichen in Regierungen und Parlamenten sein, nicht der Wettstreit um die provokanteste Schlagzeile und den markigsten Ausgrenzungsslogan. Dieser Appell richtet sich ohne Ausnahme an alle Parteien und politischen Akteur/innen.